VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DIE neue NACHHUT

Heft Nr. 1/80 April 1980

Gehlens Erbe und Afghanistan

Fast ein Jahr ist seit dem Ableben des Doktors vergangen - ein Jahr, dessen militär- wie allgemeinpolitische Brisanz uns rascher als erwartet vor Augen führte, welche Lücke der Tod des Generals hinterlassen hat. Ob es jemals wieder einen deutschen ND-Chef geben wird, der zu derart treffenden politischen Diagnosen und Prognosen befähigt ist, wie er es war?

Wer von der älteren Garde unter uns erinnert sich zum Beispiel nicht an seine wiederholte Warnung vor einer westlichen Vernachlässigung des Mittleren Ostens? War nicht er es, der den Finger immer wieder auf jenen dunklen Flecken der Landkarte legte, der heute das besetzte Afghanistan markiert? Hat nicht er die Verantwortlichen der deutschen Politik nachdrücklich dazu aufgefordert, sich mit den Amerikanern, Engländern und Franzosen ins Benehmen zu setzen, um der zwischen Deutschland und Afghanistan traditionell gewachsenen Freundschaft eine wirkungsvolle Fortentwicklung zu garantieren? Sagte er nicht schon in den sechziger Jahren, als die Machthaber im Kreml von König Sahir und Ministerpräsidenten Daud eine weitere Verlängerung der russisch-afghanischen Staatsverträge erzwangen, daß Afghanistan in absehbarer Zeit eine Sowjetrepublik werden müßte, wenn die großen freien Nationen der Welt in diesem politisch diffizilen Gebiet weiterhin nur kleinlichen, nationalistisch bornierten Interessen nachgingen? War es nicht Gehlen, der schon längst von der imperialen Sprengkraft sprach, die in dem ideologischen Gemisch von altrussischen Großmachtträumen und weltrevolutionärem Sowjetdenken stecke, bevor diese Erkenntnis heute endlich in das Bewußtsein der Strauß, Carter, Schmidt und Thatcher trat?

Was war deshalb so "überraschend" an der offiziellen Einverleibung Afghanistans ins sowjetrussische Reich? Haben die Russen nicht allein seit dem militärischen Ende des letzten Weltkrieges fast ganz Ost- und Mitteleuropa, bedeutende Teile Südostasiens, Arabiens und des sonstigen Afrikas geschluckt und selbst auf dem amerikanischen Kontinent Fuß gefaßt? Wann, so könnte man eher sarkastisch fragen, wird wohl Australien an der Reihe sein?

Unbestritten, die Sowjets haben dabei auch Schlappen einstecken und Rückzüge antreten müssen. So Gott will und die NATO hoffentlich weiter von dem kürzlich erlangten Konsens getragen wird, nämlich nicht nur ein militärisch defensives Bündnis demokratisch und freiheitlich verfaßter Staaten des Westens zu sein, sondern eine politisch offensive Schutz- und Trutzallianz für Demokratie und Freiheit in der ganzen Welt, soll dies künftig mehr denn je geschehen. Dabei ist die Aufmerksamkeit intensiver und konzentrierter als bisher auf die Tatsache

zu richten, daß die Macht und Stärke unseres Gegners in erheblichem Maße auf seinem "allgegenwärtigen" Geheimdienstsystem im In- und Ausland beruht. Afghanistan und die davon nicht zu trennenden Vorgänge im Iran sollten deshalb das letzte Signal für die Politiker und die Partnerdienste der freien Welt gewesen sein, um endlich in breitester und fest geschlossener Front, bei einem gleichzeitig angebrachten Optimum an nationaler Arbeitsteilung, gegen das KGB und seine Staatsresidenturen im Ostblock - allen voran das MfS - vorzugehen. Dazu bedarf es generell in allen Bündnisstaaten der NATO einer umgehenden Stabilisierung der Dienste sowohl in fiskalischer wie moralischer Hinsicht. Für eine solche Stabilisierung hatte Gehlen noch in seinen letzten Lebensjahren wichtige Gesichtspunkte vorgegeben:

- Sie muß in nationaler und internationaler Beziehung ausschließlich von überparteilichen Interessen bestimmt sein, d. h. auch unabhängig von den speziellen nationalen Intentionen der jetzigen und künftigen Regierungen in den jeweiligen Ländern erfolgen.
- Sie muß sich in einer - gemeinsam von Regierungs- und Oppositionspolitikern sowie Nachrichtendiensten verfolgten - Strategie niederschlagen, die das KGB und seine Ostblockfilialen an deren empfindlichster Stelle trifft: die Öffentlichkeit. Damit ist weniger das öffentliche Enttarnen gemeint, sondern vielmehr eine wirksame KGB-Immunisierung der unter Sowjetherrschaft und -einfluß stehenden Menschen. (Insofern kann von westlicher Seite gar nicht genug "Entspannungspolitik" betrieben werden.)
- Sie muß schließlich zu einem ersten und zugleich weltweit ersichtlichen Ergebnis führen, das in einem bestimmten Desinteresse am Erwerb russischer Waffen- und Rüstungstechnik zum Ausdruck kommt. Sofern dabei militärische und paramilitärische Einflußaktionen der freien Welt unvermeidlich sind, kann für sie nur das alte Preußenmotto gelten: Nicht kleckern, sondern klotzen!

Afghanistan und der Iran bieten sich als Modellfall für diese Strategie an. Je länger nämlich die Russen ihre Schwungmasse auf die geopolitische Drehscheibe am Hindukusch übertragen und je energischer die KGB-Genossen die Erdölhähne des iranischen Ajatollah-Regimes in Richtung Moskau drehen können, desto schneller und umgreifender wird die heutige Zukunftsfrage der Menschheit nach einer Welt, in der Recht und Freiheit herrschen, zur endgültigen Überlebensfrage des modernen Abendlandes werden. Vielleicht dürften sich dann schon wenig später die in die kommunistische Weltpartei getriebenen Nachf ahren Jimmy Carters nur noch heimlich die rührende Story vom Getreide- und Olympiaboykott ihres Ahnen erzählen.

Doch General Gehlen hat uns auch ein anderes Sprichwort ständig vorgehalten: Blinder Eifer schadet nur! Die notwendige Strategie muß also zügig, aber gleichsam gut bedacht in Angriff genommen werden. Die Nachrichtendienste haben jetzt das Prä. Sie müssen noch in diesem Jahr und aus strategischer Sicht deshalb als erste zum geballten offensiven "Fronteinsatz" übergehen!

Mit der dargebotenen - aus den bekannten Gründen allerdings mehr angedeuteten - Betrachtung der Dinge erinnern wir nachdrücklich an das verpflichtende Erbe unseres Doktors und glauben uns dabei mit Präsident Dr. Kinkel völlig einig zu wissen. Es ist deshalb auch hohe Zeit, Gehlens Lebenswerk, seine vielfältigen Zeugnisse aufzubereiten und für heutige wie kommende Generationen fruchtbar zu machen. Was seine Kritiker immer sagen mögen, eines steht ebenfalls für sie fest: Je mehr wir uns zeitlich von ihm entfernen, desto mehr brauchen wir ihn, desto nachhaltiger wird uns der Realismus seiner Gedankenwelt bewußt - ein Realismus, vorurteilslos in der Analyse, optimistisch im Handeln.

W I S S E N S W E R T E S - I N F O R M A T I O N E N

Doktor-Anekdote

In einer privaten Gesprächsrunde mit dem Doktor fiel zufällig der Name Kurt Schumachers, des 1952 verstorbenen SPD-Vorsitzenden. Gehlen wies dabei auf dessen Angewohnheit hin, Sprichworte und Redensarten häufig in veränderter Form zu verwenden. So hatte Schumacher in Anspielung auf die Redewendung vom "Elefanten im Porzellanladen" z. B. einmal geäußert: "Wir, die wir als Europäer genau wissen, daß die Stärke der amerikanischen Position auch die Stärke der Freiheit in Europa, Asien und Afrika ist, haben dennoch das Recht, den Amerikanern zu sagen: 'Kinder, dieses alte Europa ist ein gar zu zerbrechliches Ding, überfüllt mit Porzellan - spielt doch nicht Fußball im Porzellanladen!'" Gehlen fügte dem ironisch hinzu, im gegebenen Fall habe Schumacher wohl den "Elefanten" ausgeklammert, weil er nicht nur eine der beiden großen Wahlparteien in den USA, deren Wappentiere bekanntlich Elefant und Esel seien, ansprechen wollte, sondern den Amerikanern überhaupt angedeutet werden sollte, daß sie ebenso miserable Europapolitiker wie Fußballspieler wären.

Notiz: Geschichtsverständnis

"Wir werden alle Anstrengungen machen, um eine Annäherung an die Mongolen, Perser, Inder, Ägypter und eine Verschmelzung mit ihnen zu erreichen..." Eine Vielzahl solcher Aussagen Lenins zog Prof. Steinbach (Orient-Institut) bei der Wertung der expansiven Pläne Moskaus heran. In diesem Zusammenhang sei hervorgehoben, daß es dem Bundesnachrichtendienst zur Ehre gereicht, nicht - wie unverständlicherweise kürzlich ein ansonsten historisch gebildeter Politiker im Fernsehen - den brillanten, aber oft irrigen Denkpfaden eines Golo Mann gefolgt zu sein, um Geschichte zu v e r s t e h e n .

M E I N U N G E N - H I N T E R G R Ü N D E

Senior-Partner "William" zur Bundestagswahl

Die Präsidentenwahl bei uns und die Bundestagswahl hierzulande haben längst ihre Schatten vorausgeworfen. Letztere allein soll mich hier interessieren, wobei ich froh bin, auf diesem Wege einigen einflußreichen Deutschen meine persönliche Meinung vortragen zu können. Denke ich doch nicht wie ein sogenannter deutscher Normalverbraucher, dem die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ebenso selbstverständlich ist wie die scheinbar leicht zu überschauenden Positionen der Wahlkämpfer: Hier die CDU/CSU mit dem etwas grobschlächtigen, aber durchaus schlauen Strauß, dort die SPD mit ihrem Alles(besser)wisser und -könner Schmidt, letztlich durch jahrelange Kanzlerschaft bewährt. In der Mitte, allerdings mehr zur SPD hinneigend, die FDP mit Genscher, dem wohl nach seinem eigenen Selbstverständnis - schlitzohrigen "Repräsentanten Ostdeutschlands" in der Bundesrepublik.

Nun ja, ich bin weder ein deutscher Normalverbraucher, noch kann ich überhaupt "deutsch" denken. Daß ich unvoreingenommen bin, glaube ich schon, da meine langjährige Tätigkeit in Deutschland von vornherein verlangte, mich nicht in deutsche Angelegenheiten einzumischen. Diesem Verlangen bin ich nachweislich immer redlich nachgekommen, habe mir aber selbstverständlich auch immer eine "stumme" persönliche Meinung gebildet. Wen sollte also der deutsche Bundesbürger nach meiner "stummen" Meinung wählen?

Vielleicht zuerst einen "unernsten" Rat: Angesprochen als generalisierter Wähler, entscheide dich so, daß SPD und CSU die Regierungskoalition bilden müssen, Schmidt also Kanzler bleibt und Strauß Außenminister wird. Sorge aber auch dafür, daß CDU und FDP eine starke "Doppel"opposition ausmachen, in der sich Leisler-Kiep als nächster Bundeskanzler profiliert, während Genscher weiter darauf wartet, nächster Bundespräsident zu werden. (Schmidt könnte später einen wichtigen Posten bei der EG übernehmen, Strauß einen solchen bei der Nato. Kohl sollte man zum lebenslangen Ehrenvorsitzenden der CDU ernennen, das wäre wirklich genug. Verleger Springer ließe sich Geißler als Chefredakteur für die "Welt" und Stoiber als solcher für die "BILD-Zeitung" empfehlen. Apel sollte auf jeden Fall zur CDU wechseln, damit Leisler-Kiep auf ihn zurückgreifen könnte usw.usf.)

Doch nun ernsthaft: Wenn man davon ausgeht, daß die Allianz ein Staatenbündnis ist und keines von Parteien, dann stehen ihr CDU/CSU zweifellos einige Schritte näher als SPD/FDP. Leider sind aber CDU/CSU bedeutend handlungsunfähiger als die von ihnen mit demselben Argument angegriffene Koalition von SPD/FDP. Kohl schwört Strauß zwar öffentlich die Treue, doch inoffiziell übt er sich weiter ziemlich lautstark in Schadenfreude über eine wahrscheinliche Wahlniederlage von Strauß. Sollte Strauß aber dennoch "Bundeskanzler" werden, was wäre das schon für eine Regierung mit zwei halben Chefs: Strauß und "Möchtegernkanzler" Kohl. Weiße Tünche, die gegenwärtig den Riß zwischen beiden kaschiert, ist noch kein Alleskleber, der sie untrennbar zusammenhält. Wie sollte eine solche Bundesregierung die Rolle in Europa wahren, die der Bundesrepublik Deutschland von ihrem gesamten Potential her gebührt? Wie will eine solche Bundesregierung den Belastungsproben standhalten, die auf die Bundesrepublik Deutschland künftig zukommen? Wie könnte da zum Beispiel auch ein Nachrichtendienst wie der BND unbelastet arbeiten? M. E. gehören CDU/CSU nochmals vier Jahre auf die "harten" Bänke der Opposition, damit sie wirklich erst den Riß beseitigen, der sie bis heute und auf unabsehbare Zeit noch trennt.

Entscheide dich also, lieber deutscher Wähler, und denke daran, daß es letztlich nicht um Namen geht, sondern um die Schlagkraft und Handlungsfähigkeit der Allianz. Soweit es mich betrifft, wiederhole ich gern: Ich kann überhaupt nicht "deutsch" denken.

\+ + +

Bleibt der BND mit seiner Amtshilfe in der Grauzone des politischen Rufmordes?

Auch Ende 1979 wurde wieder die Amtshilfe des bzw. für den BND, diesmal mit Beschmutzung der Partnerschaft befreundeter Nachrichtendienste, von "deutschsprachiger" Journaille ins Gerede gebracht. Aufgegriffen wurden vom Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" arabische Informationen über die Beteiligung israelischer Nachrichtenoffiziere an der Befragung von PLO-Agenten, die in der Bundesrepublik Deutschland inhaftiert sind bzw. waren. Wiederum wurde damit dem BND Amtshilfe unterstellt, die er zur ungelegenen Zeit und am falschen Ort geleistet habe.

Bundeskanzleramt, Innenministerium, Bundestagsabgeordnete und Rechtsgelehrte wurden bemüht, die Lücke des Gesetzes herauszufinden. Zur geleisteten Amtshilfe des bzw. für den BND wurde aber inzwischen einiges zugunsten des deutschen Nachrichtendienstes aufgeklärt: Trotzdem ist die Gretchen-Frage, ob der BND mit seiner Amtshilfe weiterhin in der Grauzone des politischen Rufmordes bleibt.

Es gereichte vielen Bundestagsabgeordneten - aus allen Parteien - zur Ehre, als sie in ihren Pladoyers über die Motive der nachrichtendienstlichen Amtshilfe festschrieben, daß es keinen Sinn habe, auf dem Rücken der Nachrichtendienstler einen politischen Streit zwischen Kanzlerkandidat und Bundeskanzler zu entfachen. Denn letztendlich würde - so die späte Einsicht - der dringend benötigte Nachrichtendienst in einen lähmenden Verruf kommen. Und noch eine andere Einsicht, die von den mit nachrichtendienstlichen Konflikten vertrauten Politikern kundgetan wird, ist zu akzeptieren, nämlich die, daß man sich nicht von bestimmten Nachrichtenmagazinen und Illustrierten in etwas hineindrängen lassen darf. Die haben nicht zum obersten Ziel - jedenfalls nicht immer - die Sicherheit zu stabilisieren, sondern die haben das oberste Ziel, Streit zu verbreiten.

Trotz dieser Einsichten sind die Aussichten, die Amtshilfe der deutschen Nachrichtendienste durch die Politiker als legal darzustellen, gering. Dafür wird eben in dieser Sache zu offensichtlich an Nebenfronten gefochten, wie beispielsweise durch die "Modellierung" eines Gesetzes, den BND betreffend. Auch ein Bundesgesetz kann künftige Komplikationen, die sich naturgemäß bei der nachrichtendienstlichen Amtshilfe ergeben, nicht lösen. Komplikationen wurden und werden von keinem Mitarbeiter geleugnet, so auch nicht die Fehler bei dem Besuch in der JVA Straubing - vom BND und LKA verursacht. Die tätigen Mitarbeiter in diesem Fall sind für diese Fehler gerügt worden. Daß Parteipolitiker zumindest zeitweilig versuchten, auf deren Buckel einen politischen Streit zu entfachen, spüren die betroffenen Mitarbeiter noch immer. Auch dies wäre eine Milieu-Studie wert, die aber kaum der Personalrat fertigen kann, denn dem sind die Hände gebunden. So bleibt der politische Grauschleier der Verdächtigungen über den Mitarbeitern hängen - bis zur nächsten Attacke!

\+ + +

Zuviel Analyse, zuwenig Fakten vom BND

Das Versagen des BND in der Aufklärung der Bundesregierung über Entscheidungsprozesse im Kreml vor der Besetzung Afghanistans ist von einem Mitglied der Bundesregierung im März öffentlich angesprochen worden. Auf einer sicherheitspolitischen Konferenz der schleswig-holsteinischen SPD in Plön sagte Verteidigungsminister Apel (SPD): "Unsere Leute in Pullach sind angewiesen worden, nun nicht mehr zu analysieren, sondern Fakten zu bringen" (wer sind unsere Leute, kommt jetzt eine Apel-Riege?) Unter den professionellen Beobachtern der Ostpolitik im geheimen deutschen Auslandsnachrichtendienst hat es nach den Worten des Ministers "niemand für denkbar gehalten", daß die Rote Armee Ende 1979 Afghanistan besetzen werde. Analysen des BND in Pullach hätten dagegen die Bundesregierung über Truppenbewegungen auf sowjetischer Seite im Mittleren Osten "ziemlich genau" ins Bild gesetzt, fügte Apel hinzu. Die analytischen Aufklärer seien aber davon ausgegangen, daß die an der Nahtstelle Iran - Afghanistan zusammengezogenen sowjetischen Streitkräfte für den Fall einer vom Kreml offensichtlich erwarteten militärischen Intervention der USA in Iran bereitstehen sollten.

Zwischenbemerkungen zu dieser Rede: Wie anders hatten Apel und seine Parteifreunde mit einer trockenen Meldung über die Landung größerer Truppenkontingente der Sowjets gehandelt, als die SPD gehandelt hat.

Neuerdings scheint dem Verteidigungsminister aufgegeben, über den BND zu urteilen. Man erinnere sich jedoch der Fehlleistungen seines Referenten in Sachen G-10! Besser wäre es, wenn sich Apel nicht in Grundsatzfragen des Meldedienstes des BND einmischen würde und der erste legitime Nachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland frei von der Hausmacht des Ministers talentierte Bundeswehrangehörige übernehmen könnte.